

Ob "Abzocke" oder Erziehung, der Landkreis "blitzt" weiter

Von Holger Thiel und Egmar Gebert

An der Verkehrserziehung durch gebührenpflichtiges Blitzen scheiden sich die Geister. Auch bei den Kreistagsmitgliedern. Bei ihnen vor allem dann, wenn es um den Einsatz des kreiseigenen Verkehrsüberwachungsfahrzeugs mit eingebauter Radarmesstechnik geht. Dessen Einsatz zeigt zwar Wirkung, ist aber für den Kreis ein Zuschussgeschäft.

Stendal. Die Überwachung des fließenden Verkehrs in den Orten des Landkreises durch Mitarbeiter des Landratsamtes wird vorerst bis März 2009 weitergeführt. Erst dann soll der Kreistag beschließen, ob der Landkreis weiterhin Raser blitzen soll oder nicht. Zwischenzeitlich sollen alle Fakten rund um das kreisliche Blitzen einschließlich künftiger Investitionskosten zusammengetragen werden. Diesen Vorschlag machte Landrat Jörg Hellmuth (CDU) während der jüngsten Sitzung des Finanzausschusses.

Damit ist jene Beschlussvorlage vom Tisch, die noch vor zwei Wochen mehrheitlich vom Ordnungsausschuss gebilligt wurde (die Volksstimme berichtete). Sie hatte gefordert, die Blitzer-Einsätze des Landkreises bis zum Ende nächsten Jahres abzusegnen.

Allerdings gehört das "Blitzen" nicht zu den Pflichtaufgaben des Landkreises und ist noch dazu defizitär. Die Kosten für Personal und Fahrzeug werden durch die Einnahmen nicht gedeckt. 2005 musste der Landkreis 11 500 Euro zuschießen. Im Jahr darauf waren es 24 000 Euro.

Andererseits gehen die Verstöße, sprich geahndete Geschwindigkeitsüberschreitungen, zurück. "Von 2000 bis 2003 hatten wir sehr hohe Zahlen. Seither sind sie rückläufig", bestätigte Ordnungsamts-Sachgebietsleiter Jürgen Atzpadin gestern auf Nachfrage der Redaktion. Allerdings sei dieser Rückgang nicht kontinuierlich. "Da spielen eine ganze Reihe von Faktoren eine Rolle. Mit Verkehrsströmen, die aus den Orten heraus und um sie herum geleitet werden, verringern sich auch die Zahlen der Verstöße innerorts. Nur dort dürfen wir messen. Auf der anderen Seite sind ausgebaute Straßen in den Orten meist auch schnelle Straßen, und die Verstöße dort nehmen zu", nennt Atzpadin zwei dieser Faktoren.

Unter dem Strich bleiben die konkreten Zahlen. Im Jahr 2000 wurden noch 8576 Fahrer geblitzt, die innerorts schneller unterwegs waren, als erlaubt. Im vergangenen Jahr waren es 4020.

Jürgen Atzpadin: "Es geht nicht um Überwachung. Das können wir mit einem einzigen Fahrzeug für alle Orte im Landkreis auch gar nicht leisten. Wir wollen auf das Verhalten der Kraftfahrer Einfluss nehmen. Etwa nach dem Motto: Haltet euch an die geltenden Regeln, hier könnten sie kontrolliert werden. Und da glaube ich schon, dass wir mit dem Fahrzeug eine präventive Wirkung erreichen."

Dennoch finden die kreislichen Blitzereinsätze bei etlichen Kreistagsmitgliedern wenig Gegenliebe. Ralf Berlin (FDP) lehnte den Blitzer während der Finanzausschusssitzung rundweg ab. "Das ist Abzocke" sagte er.

Detlef Schattke (CDU) führte vor allem das derzeitige jährliche Defizit von rund 11 000 Euro an, das durch den kreiseigenen Blitzerwagen und die bislang drei Mitarbeiter entsteht. "Wir sind in der Haushaltskonsolidierung und sprechen immer vom Sparen. Doch gespart worden ist bislang nirgendwo." Sein zweites Argument: "So bekloppt fahren die Raser im Landkreis nicht. Wenn gerast wird, dann auf den Bundesstraßen, wo wir nicht kontrollieren können."

Katrin Kunert (Die Linke) konterte. "Diese Diskussion führen wir seit Jahren. Es sind doch vor allem die Männer, die geblitzt werden."

Und die Rechnung von Schattke hinsichtlich einer Einsparung gehe nicht auf. Denn mit den rund 88 000 Euro Einnahmen im Jahr seien die Personalkosten gedeckt. "Wir müssten dann das Personal woanders einsetzen und auch bezahlen", machte Kunert deutlich.

Fest steht, dass zum Jahresende einer der drei Mitarbeiter in den vorzeitigen Ruhestand geht. Ab Januar kann es deshalb nur noch im Ein-Schicht-Betrieb Geschwindigkeitskontrollen geben. Fest steht auch, dass sowohl das eingesetzte Auto als auch die Messtechnik in die Jahre gekommen sind, Investitionen somit nötig sind. Unbestritten ist aber auch, dass gerade die Kommunen immer wieder den Kreis auffordern, Raser auszubremsen.